

Anfragen, Infos:

oeli@kreidekreis.net

In dieser Nr. - Seite
UG zu Neuwahlen - 2
Pensionskürzungen
stoppen - 3
Parteien zu Bildung:
ÖVP - 4 SPÖ - 5
Grüne - 6 FPÖ - 8
BZÖ - 9 LIF - 9
KPÖ - 11 Christen - 11
Dinkhauser - 11
Leserbrief - 13
ÖLI-Programm - 14
Gedenkreise f.Sch. 15
UG zu Gehaltsver-
handlungen - 16



Österreichische • LehrerInnen • Initiative

Liebe KollegInnen!

Wir haben die Websites der im Nationalrat vertretenen Parteien und der weiteren am 28. September österreichweit kandidierenden Parteien durchsucht und eine Zusammenstellung der Aussagen zur Bildung gemacht (Stand 21.8. - es kann ja jede/r Leser/in auf den angegebenen Links weitersuchen, ob's Aktualisierungen gibt).

Unter dem Motto: **Die parteiunabhängige ÖLI-UG gibt keine Wahlempfehlung, stellt euch aber die Aussagen der Parteien zur Bildung zusammen**, damit sich jede und jeder leichter selbst ein Bild und Urteil machen kann.

Freilich gilt auch und gerade in der Politik: Weniger an den Worten, mehr an den Taten sollt ihr sie messen. Bei den Grünen und den nicht im Nationalrat vertretenen Parteien ist das mangels bisheriger Regierungsbeteiligung kaum möglich. Bei SPÖ/ÖVP/FPÖ/BZÖ wären aber wohl auch die in den letzten Jahren gefassten Regierungsbeschlüsse zu Bildung und Schule in die Überlegungen einzubeziehen - wir haben dazu im Kreidekreis berichtet (eine Zusammenstellung der Verschlechterungen siehe in <http://www0.eduhi.at/verein/kreidekreis/20030602Sparma.htm>, seither hat es glücklicherweise auch wieder Verbesserungen gegeben).

Wenn du Themenvorschläge für den nächsten Kreidekreis hast - „Darüber sollte der Kreidekreis einmal schreiben“, teile sie uns mit. Wer reine Sachinfos sucht, hole sich unser 2008er „Dienstrechtsskriptum“ von www.oeli-ug.at.

Mit dem Hinweis, dass sich unsere MandatarInnen immer über Anregungen freuen, wünscht informatives Lesen, einen erfolgreichen Start ins neue Schuljahr
s ÖLI-Team

Ein herzliches DANKE an Mag. Eva Schmudermayer!

Mit 1. September scheidet auf eigenen Wunsch unsere ÖLI-Vereinsvorsitzende Eva Schmudermayer aus dem ZA-AHS aus und übergibt ihr Mandat an Ingrid Kalchmair (1. stv. Vorsitzende im FA-AHS/OÖ), und den stv.ZA-Vorsitz an Reinhart Sellner (UGÖD-Vorsitzender).

Eva Schmudermayer leistete als 1. stv. Vorsitzende des ZA-AHS und Fraktionsvorsitzende der ÖLI-UG im ZA-AHS (letztes Schuljahr übergab sie bereits ihr FA-AHS/NÖ Mandat an Toni Hartig) überaus engagierte und sachlich fundierte Arbeit im Sinne der Kolleginnen und Kollegen! Ihre langjährigen und kritischen Beiträge im breitgefächerten Spektrum der Bildungsdiskussion spiegeln ihre wertschätzende Haltung, ihre Berufung als Pädagogin und ihren Zugang zur Interessensvertretung wider.

Wir bedanken uns für ihren unermüdlichen Einsatz, wünschen ihr noch eine angenehme erfüllte Zeit als <normale> Lehrerin und freuen uns auf ihre weitere Mitarbeit in der ÖLI.

Die UnterrichtsministerInnen der letzten 40 Jahre. Und was bringt die Neuwahl?



ab 2.4.64



ab 2.6.69



ab 21.4.70



ab 4.11.71



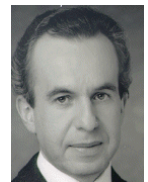
ab 24.5.83



ab 10.9.84



ab 21.1.87



ab 17.12.90



ab 29.11.94



ab 4.5.95



ab 11.1.2007

?

ab ?? ?? ??

Wer kennt sie noch alle? Namen und Details siehe http://www.bmukk.gv.at/ministerium/minister_alt.xml

Impr: EHV: Österreichische LehrerInnen Initiative - Unabh. GewerkschafterInnen für mehr Demokratie (ÖLI-UG), 4643 Pettenbach, Pflasterweg 7. Red.: Josef Gary Fuchsbauer. Papieraufgabe: 3000. Kreidekreis ist das Informations-/ Diskussionsorgan der ÖLI-UG. **LeserInnen-Beiträge zu schulrelevanten Themen willkommen!** ÖLI-Beitritt bzw. Abo-Bestellg.: oeli@kreidekreis.net, Tel+Fax 07586 8877, € 30 bis 300 bzw. Abo 7€/Jahr auf PSK (60000) 78420320 „ÖLI-Kassier Fuchsbauer“

ÖLI ZVR-Zahl 125480687

An:

Falls unzustellbar bitte zurück an:

4643 Pflasterweg 7 DVR: 0581518

UG-Pressesaussendung v. 12.7.:

UGöd zu vorgezogenen Nationalratswahlen

Der öffentliche Dienst ist keine „gmahde Wiesn“ für Neugebauers ÖVP

Unabhängige GewerkschafterInnen im öffentlichen Dienst und Ausgegliederte (UGöd) fordern die Sicherung und den Ausbau der öffentlichen Dienste und eine Steuerreform, die ArbeitnehmerInnen entlastet und der öffentlichen Hand ausreichend Mittel für Soziales, Bildung, Gesundheit und Pensionen sichert.

Die ÖVP Schüssels, Molterers und Neugebauers hat die Regierungsarbeit vorzeitig beendet. Die bereits vereinbarten öffentlichen Mittel für die maroden Gebietskrankenkassen wird es in nächster Zeit ebenso wenig geben wie Budgetverhandlungen im September, bei denen die Finanzierung der Pensionssicherung, Gesundheitsreform, Investitionen in Kindergärten/Schulen/Universitäten auf der Tagesordnung gestanden wären. Die Arbeit an der für 2010 angekündigten Steuerreform, einer Voraussetzung für das nachhaltige Sichern des Sozialstaates und seiner öffentlichen Dienste, macht Pause. Österreichische Initiativen für eine soziale und demokratische Orientierung in der EU müssen warten. Die Schere zwischen Arm und Reich in einem der reichsten Länder der Welt bleibt bis auf weiteres weit geöffnet.

Die öffentlichen Dienste sind von SPÖ und ÖVP seit mehr als 15 Jahren auf Bundes-/Landes-/Gemeindeebene durch Einsparungen, Personalabbau, Ausgliederungen und Privatisierungen an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gebracht worden. Die vorgezogenen Nationalratswahlen führen dazu, dass angekündigte Reformen weiter verzögert werden - zum Nachteil der Menschen, die Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheitsdienste oder Altersvorsorge nicht auf dem freien Markt kaufen können - zum Nachteil der Menschen, die im Interesse der Allgemeinheit tagtäglich öffentliche Dienste erbringen.

Die von der UGöd abgelehnte Vermischung von führender Gewerkschafts- und Parteifunktion durch Kollegen Neugebauer, seine Doppelfunktion des GÖD-Vorsitzenden und ÖVP-Bildungssprecher hat das nicht verhindert. Im Gegenteil. Die Bilanz dieser Politik für die öffentlich Bediensteten und den öffentlichen Dienst in den letzten Jahren ist ernüchternd:

- Reallohnverluste durch regierungskonforme Gehaltsabschlüsse
- Pensionsreform: für ältere BeamtInnen „abgefedert“, für die Mehrzahl der Vertragsbediensteten und ASVG-Beschäftigten massive Verluste, ebenso für jüngere BeamtInnen
- Krankenversicherung: gesetzliche Absicherung der Beamtenversicherung/BVA durch die Regierungen Klima und Schüssel auf Kosten der Gebietskrankenkassen, die Vertragsbedienstete an die BVA verlieren
- Dienstpostenabbau und Ausgliederungen mit deregulierten Arbeits- und Einkommensverhältnissen für die dort Beschäftigten

lierten Arbeits- und Einkommensverhältnissen für die dort Beschäftigten

- Pragmatisierungsstopp: seit 2000 werden Vertragsbedienstete nicht mehr ins öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis übernommen, die Reform des Dienst- und Besoldungsrechtes (öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis und Anhebung der Anfangsbezüge) bleibt unerledigt

- Kollektivverträge im ausgegliederten Bereich, Beispiel Universitäten, ohne ausreichende finanzielle Bedeckung durch den Bund; einige Gruppen von Uni-Bediensteten sind im KV noch nicht berücksichtigt und ohne Mindestabsicherung

- Zustimmung zur parteipolitisch eingefärbten Zusammenlegung von Gendarmerie und Polizei, aber parteipolitische Blockade der von Schüssel/Gehrer/Neugebauer abgelehnten Gesamtschulreform, die Zusammenarbeit von Pflichtschul- und GymnasiallehrerInnen bedeutet, Universitätsausbildung und Akademikerbezahlung für alle LehrerInnen als bildungspolitisches und gewerkschaftliches Ziel.

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen in der GÖD (UGöd) wollen im von der ÖVP losgetretenen Nationalratswahlkampf für die Interessen der öffentlich Bediensteten und Ausgegliederten eintreten und für sozial orientierte, demokratische Reformen des Gesundheitswesens, der Schulen und Universitäten und der Altersvorsorge aktiv werden.

Der öffentliche Dienst ist keine „gmahde Wiesn“ für die ÖVP.

BeamtInnen, Vertragsbedienstete, „Ausgegliederte“, befristet und prekär Beschäftigte werden die Aussagen aller wahlwerbenden Gruppen zur Sozial- und Steuerpolitik, zum öffentlichen Dienst zur Kenntnis nehmen. Die Wertschätzung oder Geringschätzung der Arbeit der öffentlich Bediensteten, die im Besoldungs- und im Dienstrecht ihren Ausdruck findet, werden sie mit ihrer Stimmabgabe beurteilen.

Die Wahlkampfansage Molterers, er wolle die Krankenpflege mit weiteren Privatisierungen finanzieren, klingt für öffentlich Bedienstete nach einer gefährlichen Drohung - nicht weniger als Faymanns Ankündigung, mit Stimmungsmache gegen die Privilegien der „schwarzen“ Beamten auf Stimmenfang zu gehen. Wahltaktisches Kalkül im Windschatten neoliberaler EU- und WTO-Vorgaben, mit denen die öffentliche Wohlfahrt den Kapitalinteressen der Finanzmärkte untergeordnet wird. Wenn der neue SPÖ-Spitzenkandidat in Zukunft SPÖ-Spitzengewerkschafter wieder stärker in die Parteiarbeit einbinden will, dann steht den KollegInnen in den „roten“ Gewerkschaften das bevor, was ÖVP und „schwarze“ GÖD gegen alle ÖGB-Reformbeschlüsse vorzeigen - zum Nachteil der Gewerkschaftsmitglieder, s.o.

Glück auf, trotz alledem! Reinhart Sellner,

UGöd-Vorsitzender, reinhart.sellner@blackbox.net

Josef Gary Fuchsbauer, Österreichische LehrerInnen Initiative - Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie (ÖLI-UG), 0680 2124358, fuchsbauer@kreidekreis.net

Presseausendung der ÖLI-UG

Österreichische LehrerInnen Initiative - Unabhängige
GewerkschafterInnen für mehr Demokratie,
Pflasterweg 7, 4643 Pettenbach, 0680 2124358,
oeli@kreidekreis.net, www.oeli-ug.at

Wien/Pettenbach, 3.6. 2008

Pensionskürzungen stoppen

Produktivität der Volkswirtschaft und Erwerbsquote ermöglichen höhere Pensionen

Die Österreichische LehrerInnen Initiative sieht in der von der Regierung geplanten Pensionsautomatik einen weiteren inakzeptablen Angriff auf das solidarische Umlageprinzip der Alterssicherung. Schon die Pensionsreformen 2003/04 haben mit der Lebensdurchrechnung eine Kürzung der künftigen Alterspensionen um bis zu 55% (wie zB für die jungen LehrerInnen) das Tor zur Altersarmut weit aufgestoßen und sich vom Lebensstandardsicherungsprinzip verabschiedet. Diese Pensionsreformen wurden mit dem Hinweis begründet, dass die Menschen immer älter werden, und der wachsenden Zahl von PensionsbezieherInnen eine schrumpfende Zahl von BeitragszahlerInnen gegenüberstehe.

Einigung auf Pensionspaket – Eckpunkte

► Automatische Steuerung des Pensionssystems:

| Wenn... | Dann... |
|---|---|
| <p>Lebenserwartung um mehr als 6 Monate höher</p> <p>Beispiel: Mann, 65 Jahre 2009: noch 17,7 Jahre 2013: noch 18,2 Jahre (= Anstieg um 6 Monate)</p> <p>Gleichzeitig sinkende Einnahmen-Ausgabenquote in der Pensionsversicherung</p> | <p>Anhebung des Regelpensionsalters</p> <p>Anhebung der Pensionsversicherungsbeiträge</p> <p>Neufestlegung der Pensionshöhe</p> <p>Korrektur der jeweiligen Pensionserhöhung</p> <p>Erhöhung des Bundesbeitrages zu den Pensionen</p> |

► Verlängerung der „Hackler-Regelung“ bis 2013

Grafik: © APA, Quelle: APA/ST.AT

Das jetzt vorliegende Pensionspaket wird fast gleichlautend begründet, und wird - auf den Punkt gebracht- weitere Pensionskürzungen bringen. Die Erwartung von Pensionistinnen und Pensionisten, dass zumindest die Kaufkraft der Pensionen erhalten bleibt, wird systematisch unterlaufen.

Das ständige Wiederholen von der bevorstehenden Unfinanzierbarkeit der Pensionen ist noch kein Argument für die Richtigkeit dieser Behauptung. Ob und in welcher Höhe wir uns Pensionen leisten können, hängt nicht davon ab - wie die Steuerinitiative im ÖGB

richtigerweise schreibt - wie lange wir leben, sondern von der Produktivität unserer Volkswirtschaft und der Erwerbsquote. Laut einer **EU-Studie** zu den Pensionssystemen in der EU wird für **Österreich ein Sinken der Pensionsausgaben am BIP von 13,4% (2004) auf 12,2% im Jahr 2050** prognostiziert. Das heißt, schon die letzten Pensionsreformen dienten der Einsparung und nicht der Pensionssicherung. Und jetzt wird noch ein Schäufel draufgelegt.

Wir fordern eine Reform, die

1. die Lebensstandardsicherung der Pensionisten garantiert, d.h. in jedem Falle die volle Inflationsabgeltung zusichert,
2. vom Prinzip der Lebensdurchrechnung abgeht und diese ersetzt durch eine Durchrechnung, die sich an der durchschnittlich in Pension verbrachten Zeit orientiert, d.h. wenn die durchschnittliche Lebenserwartung 80 Jahre, das durchschnittliche Pensionsantrittsalter 60 beträgt, eine Durchrechnung von 20 Jahren,
3. die das einmal ausgearbeitete auf dem Umlageverfahren basierende Modell der Alterssicherung in den Verfassungsrang stellt, damit der Generationenvertrag auch wirklich hält.

Das setzt voraus, dass das Umlageverfahren breiter als bisher finanziert wird. Ein wesentlicher Beitrag muss durch eine Wertschöpfungsabgabe geleistet werden, denn die Bindung der Abgaben an die Lohnsumme bewirkt geringere Einnahmen für die Pensionsversicherungen, wenn - wie es seit über 15 Jahren der Fall ist - die Löhne langsamer steigen als die Gewinne, und weil es für Unternehmen darüber hinaus attraktiv ist mit weniger MitarbeiterInnen zu agieren, da das ihren Aufwand für Sozialabgaben senkt.

Die politischen Parteien kennen offenbar keinen anderen Weg, als die breite Masse der ArbeitnehmerInnen zur Kasse zu bitten. Die SPÖ trägt den Kurs der blauschwarzen Koalition weiter. Der überparteiliche ÖGB ist daher gefordert, als Vertretung der ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmer gegen das neoliberale Projekt der Pensionsautomatik der Regierungsparteien aufzutreten und mit einer Informations- und Mobilisierungskampagne eine Pensionsregelung im Interesse seiner Mitglieder durchzusetzen.

Rückfragen: Josef Gary Fuchsbauer,
ÖLI-Bundeskoordinator, 0680 2124358,
oeli@kreidekreis.net

Die Parteien zu Bildung / Schule

www.oevp.at/download/000298.pdf



[Das stammt aus 1998, ist aber das, was

auf oevp.at/inhalte kommt, wenn man <Grundsatzprogramm> anklickt. Aktuell gibt es auf oevp.at nur die Themen Pflege, Sicherheit, Arbeit&Wirtschaft, Entlastung, Europa]

8. Bildung und Kultur

1. Bildungsperspektiven

- "Bildung" steht auf jedem Wegweiser in die Zukunft. Das uneingeschränkte Bürgerrecht auf Bildung sichert die umfassende persönliche Entwicklung in der Familie sowie in den staatlichen und privaten Bildungsinstitutionen.

- Bildung vermittelt dem Menschen ein begründetes Weltbild und Wertesystem, die ihn zu kritischer Weltbetrachtung und zu verantwortlicher Entscheidung sowie zur Ausgewogenheit von persönlichem Lebensglück und Gemeinwohl befähigen.

- Der Staat hat für wertebegozene Bildungsziele, für die Schaffung der gesetzlichen Rahmenbedingungen der Bildungseinrichtungen, für die finanziellen Mittel und für professionell ausgebildete Lehrer zu sorgen.

- Die Verschiedenheit der Menschen, die sich in unterschiedlicher Begabung, Leistungsfähigkeit und Muttersprache ausdrückt, erfordert die Anpassung des Bildungsangebotes an diese Verschiedenheit.

- Auch für den Bildungsprozeß gilt das Leistungsprinzip – allerdings in individueller und sozialer Hinsicht. Es muß jedoch in allen Bildungseinrichtungen mit einer partnerschaftlichen Beziehungsstruktur verknüpft werden.

- Altersgemäß müssen die Bildungseinrichtungen Allgemeinbildung und Berufsqualifikation zeitgemäß so miteinander verbinden, daß berufliche Tüchtigkeit und Weiterbildungsbereitschaft entstehen, damit Lernen zur lebensbegleitenden Aufgabe wird.

- Die zunehmende Komplexität aller gesellschaftlichen Bereiche, die notwendige Spezialisierung und Arbeitsteilung im Beruf und der ständige Wissenszuwachs verlangen die besondere Förderung dy-

namischer Fähigkeiten und sozialer Einstellung in lebensbegleitendem Lernen.

- Bildung kann als öffentliche Aufgabe durch staatliche und private Einrichtungen erfüllt werden. Der Wettbewerb zwischen den verschiedenen Bildungsträgern bedarf eines Systems von verbindlichen und kontrollierbaren Qualitätsstandards. Neue Finanzierungsverfahren (z.B. Bildungsgutschein) sollten erprobt werden.

- Das staatliche Bildungswesen muß nach den Prinzipien von Subsidiarität, Autonomie und Effizienz aufgebaut werden. Im Mittelpunkt steht die einzelne Bildungseinrichtung, die sich selbstverantwortlich die wissenschaftlichen, pädagogischen, personellen und finanziellen Ressourcen organisiert.

- Zentrale und regionale staatliche Einrichtungen stellen durch Vorgabe von wissenschaftlichen und pädagogischen Standards sowie durch transparente und gerechte personelle und finanzielle Normzuteilungen ein bildungspolitisch hochwertiges und wirksames Angebot zur Verfügung.

- Größtmögliche Chancengerechtigkeit wird durch leistungsbezogenen offenen Zugang zu den Bildungseinrichtungen gewährleistet. Bildungschancen werden durch den Einsatz der Telekommunikation erhöht werden können.

2. Schule

- In der Familie, dem ersten Ort von Beheimatung und Gemeinschaft, muß die Bildungsverantwortung der Eltern gestärkt werden.

- Kindergärten und andere vorschulische Einrichtungen sollen die Erziehung in der Familie vor dem verpflichtenden Schuleintritt bedarfsbezogen unterstützen, ergänzen und entlasten.

- Die Schule erfüllt durch professionelle Bildung in der Gemeinschaft eine eigenständige Aufgabe, die von den Eltern partnerschaftlich mitgetragen werden muß.

- Die international verbrieften Eltern- und Kinderrechte erfordern eine möglichst freie Schulwahl für alle Kinder.

- Dynamische Fähigkeiten und Schlüsselfertigkeiten müssen durch Erfahrungslernen in offenem fächerübergreifenden Unterricht gefördert werden, der Sinn stiftet und die Zukunft zum Gegenstand werden läßt.

- Lehrpläne können daher in Zukunft schlanker gestaltet werden, Kern- und Erweiterungsziele erhalten sowie Orientierungsstandards für die Qualität der Abschlüsse und damit der Zugangsberechtigungen. Dadurch wird an der Einzelschule autonome Schulzeitgestaltung eingeräumt.

- Das Miteinander der Lernenden und Lehrenden wird im Sinn der Schulautonomie nach den Kriterien für gute Schule und guten Unterricht zu gestalten sein. Dazu werden hohes Lehrerethos, Zielklarheit und hohe Leistungserwartung, Methoden Anpassung und Lernkontrolle, Zusammenhalt und Zusammenarbeit, Führung und Delegation, pädagogisches Profil und reiches Schulleben sowie Innovation und Lehrerfortbildung gezählt.

- Das Berufsbild für Lehrer und Leitungsfunktionen muß im Sinn klarer Aufgabenstellung und zeitgemäßer Professionalität neu entwickelt werden, damit Aus- und Fortbildung den schulischen Anforderungen entsprechen und Leitungs- und Funktionspositionen qualitätsorientiert vergeben werden.

- Standortbezogene Schulentwicklung soll die autonome Verantwortung der Schulpartner für die Organisation des pädagogisch wünschbaren mit dem finanziell Möglichen stärken und für die Bildung besonderer Schulprofile sorgen. Um die Vergleichbarkeit der Abschlüsse der einzelnen autonomen Schulen zu gewährleisten, müssen allgemeine Qualitätsstandards vorgegeben und ihre Erhaltung sichergestellt werden.

- Damit Schule Lernort für die Zukunft bleibt, braucht sie nicht nur Bibliotheken und Infotheken, sondern muß sie den Bildungsprozeß mit den neuen Kommunikationsmedien gestalten und zugleich auf ihre Bewältigung vorbereiten.

- Schularchitektur wird als "gebaute Pädagogik" gestaltet, die ästhetische und funktionale Qualität so miteinander verknüpft, daß ergonomisch-arbeitshygienische Arbeitsplätze und Erholungsräume für Schüler und Lehrer entstehen.

- Die Weiterentwicklung der Schulorganisation wird durch die Erfahrungen aus standortbezogener Schulentwicklung - Schule als lernende Organisation - und durch Versuchsschulen mit unabhängiger Evaluation vorbereitet.

<http://spoe.at/page.php?P=102986>



Bildung

Die Sozialdemokratie ist eine Bildungsbewegung. Bildung ist für sie ein Wert an sich. Wir bekennen uns zu einer Bildungsgesellschaft. Die Menschen in Österreich sollen ihr Leben selbst in die Hand nehmen können. Sie müssen dafür bestmöglich gebildet und ausgebildet sein. Deshalb investieren wir viel in die Bildung. Deshalb kämpfen wir für ein leistungsstarkes und chancengerechtes Bildungssystem. Die Lebenswege sollen nicht von Kindheit an vorgezeichnet bleiben und vom finanziellen Status der Eltern abhängig sein. Die SPÖ will allen Menschen den freien Zugang zu Bildung ermöglichen, weil wir darin den wichtigsten Schlüssel für die faire Verteilung von Chancen in der Gesellschaft sehen.

Mehr und bessere Arbeitsplätze für Österreich können wir in Zukunft nur sichern, wenn wir dafür sorgen, dass alle Bürger und Bürgerinnen unseres Landes Schlüsselkompetenzen erwerben, sich während ihres gesamten Lebens kontinuierlich weiterbilden und somit in der zunehmenden Konkurrenz bestehen können.

Bildung umfasst für uns auch die vielfältige Förderung von Kreativität, Reflexion, Ästhetik, von interkulturellem Verständnis, Toleranz, Politik und Demokratie sowie von gesellschaftlichem Diskurs. Kunst- und Kulturvermittlung muss einen zentralen Stellenwert in unserem Bildungssystem einnehmen.

Das österreichische Bildungssystem braucht eine Fortsetzung des von uns begonnenen Innovationsschubs. Der Wandel von der Verordnungs- u. Erlasskultur zum Prinzip Selbstverantwortung und zur Schule als lernender Organisation muss gelingen.

Der Kindergarten wird zum Bildungsgarten. Die Lust am Lernen muss von Anfang an gefördert und unterstützt werden. Der flächendeckende Ausbau einer qualitativ hochwertigen, leistbaren, bedarfsorientierten und ganztägigen Kinderbetreuung ist daher ein zentrales Anliegen der Sozialdemokratie.

Mittels konkreter Zielvorgaben soll das Angebot vor allem an ganztägigen Kinderbetreuungsplätzen schrittweise in allen Regionen und vor allem auch für die Altersgruppe der unter Dreijährigen erweitert wer-

den. Die Kosten dürfen keine Barriere für den Zugang von Kindern zu Betreuung und Frühförderung oder für die Erwerbstätigkeit von Eltern sein. Langfristig wollen wir das Vorziehen der Schulpflicht auf das 5. Lebensjahr. Für die Sicherstellung der Qualität ist hochqualifiziertes Personal und die Qualitätssicherung durch einen nationalen Bildungsplan notwendig.

Soziales Verhalten und Sprachförderung müssen bei der Frühförderung besonders beachtet werden. Der Erwerb der Sprachkompetenzen in Deutsch und in der Muttersprache ist dabei besonders wichtig und muss unterstützt werden. Die verpflichtende vorschulische Förderung ermöglicht allen Kindern einen fairen Schulstart. Generell ist die Schule als eines der wichtigsten Instrumente der Integration zu stärken.

Wir investieren in bessere Bildung und kleinere Klassen. Das ermöglicht mehr Zuwendung und individuelle Förderung für jedes Kind. Mehr Zeit für jedes einzelne Kind ist unser Ziel. Bildungsstandards werden die beste Qualität an unseren Schulen garantieren.

Ganztägige Schulformen ermöglichen die Vereinbarkeit von Kind und Beruf für die Eltern, sie unterstützen die ganzheitliche Entwicklung der Schülerinnen und Schüler und sie sind ein wirksames Instrument zur Chancengleichheit. Ein sinnvoll abgestimmtes Angebot von Lernen, Wiederholen und Üben sowie von freizeitpädagogischen Akzenten mit bewegungsorientierten, sportlichen, kreativen und musischen Aktivitäten stellt sicher, dass den Kindern mehr Zeit und Raum gewidmet wird.

Die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen bietet viele positive Effekte: Die Kinder erhalten gemeinsam vier weitere Jahre, um ihre Fähigkeiten zu entwickeln und ihre Talente zu entfalten. Die Entscheidung über den weiteren Bildungsweg nach der 8. Schulstufe wird professionell begleitet. Forderung und Förderung sind die wesentlichen Elemente dieser gemeinsamen Schule. Mit der Neuen Mittelschule wird in größeren Modellregionen das Konzept dieser gemeinsamen Schule ab 08/09 verwirklicht. Unser Ziel ist, dass aus diesen Modellversuchen längerfristig eine gemeinsame Schule für alle wird.

Die Motivation und die Kompetenz der Lehrerinnen und Lehrer sind Schlüsselfaktoren für hochwertige

Lernergebnisse. Der Lehrberuf ist eine hochprofessionelle Tätigkeit, die bestgeeigneten Personen sollen diesen Beruf ergreifen. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, die Lehrerinnen und Lehrer in dieser oft schwierigen Aufgabe, auch bei Konflikten und Erziehungsproblemen, professionell zu unterstützen. Neues Lernen erfordert auch eine neue Architektur und einen entsprechend zeitgemäßen Standard unserer Schulen.

Unter Nutzung der Stärken der Pädagogischen Hochschulen und der Universitäten soll eine gemeinsame Ausbildung für pädagogische Berufe mit gemeinsamen Standards entstehen, die sich an den Bedürfnissen der jeweiligen Altersgruppen orientiert.

Mit der Ausbildungsgarantie bis zum 18. Lebensjahr ermöglichen wir allen Jugendlichen eine volle Berufsausbildung, entweder in einer berufsbildenden Schule, am Lehrplatz oder in einer überbetrieblichen Lehrwerkstätte. Maßnahmen der Berufs- und Bildungswegorientierung sollen Jugendliche dabei unterstützen, den Ausbildungsplatz zu finden, der ihren individuellen Fähigkeiten, Begabungen und Wünschen entspricht. Damit stellen wir sicher, dass in Österreich alle Jugendliche eine Perspektive haben. Abweisungen aus Mangel an Plätzen an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen darf es künftig nicht mehr geben.

Ein Herzstück sozialdemokratischer Bildungspolitik ist die Berufsmatura. Bereits ab dem Schuljahr 2008/09 können Lehrlinge parallel zur Lehre kostenfrei die Studienberechtigung erwerben. Damit werten wir die Lehre auf. Denn die Lehrlinge haben als Facharbeitskräfte einen zentralen Anteil an der Sicherung des Wohlstands unseres Landes. Deswegen ist uns die Optimierung ihrer Lebenschancen ein besonderes Anliegen.

Jeder Mensch muss das Recht auf eine zweite Chance haben. Deshalb muss beispielsweise das unentgeltliche Nachholen von Bildungsabschlüssen für alle und altersunabhängig möglich werden. Jeder Jugendliche soll einen positiven Pflichtschulabschluss erreichen.

Wir wollen Anreize setzen, damit Personen mit Migrationshintergrund in die pädagogischen Ausbildungen kommen. Alle Lehrerinnen und Lehrer müssen im Rahmen ihrer Ausbildung interkulturelle Kompetenzen

erwerben. Integrations- und Inklusionsmaßnahmen müssen auch die sonderpädagogische Förderung ab der 9. Schulstufe umfassen. Neue Modelle in der Erwachsenenbildung sollen den Erwerb von Sprachkompetenzen, Grundbildung und Bildungsabschlüssen für Personen mit Migrationshintergrund besonders unterstützen.

Besonders junge Menschen brauchen bei der Frage ihrer Berufswahl eine fundierte Begleitung. Garantierte Zeit für Berufsorientierung soll sie bei dieser wichtigen Entscheidung unterstützen. Deshalb werden wir die Bildungsinformation und Berufsberatung an den Schulen und die Informations- und Beratungsangebote der Erwachsenenbildung stärker nutzen. Selbstbestimmte, wohlüberlegte Berufsentscheidungen entlang der persönlichen Begabungen und Neigungen sind das Ziel.



www.gruene.at/bildung_jugend/bildungsbegriff/

Der Bildungsbegriff der Grünen

Bildung bedeutet mehr als die Anreicherung von Wissen. Die Grünen begreifen **Bildung als Chance** für alle, sich zu emanzipieren, kritischen und freien Menschen zu entwickeln und **gute Perspektiven für die eigene Zukunft** zu schaffen. **Bildung ist eine zentrale öffentliche Aufgabe**, die einer Budgetsaniierungspolitik nicht zum Opfer fallen darf.

Problemaufriss

Bildung wird viel zu wenig als Chance verstanden, Perspektiven für das eigene Leben zu schaffen. Dies wird etwa daran deutlich, dass viele SchülerInnen lediglich für die nächste Prüfung oder für die nächste Schularbeit lernen. Eine gute (Aus-)Bildung ebnet aber den Weg in eine sichere Zukunft. Dieses Bewusstsein in der breiten Öffentlichkeit zu etablieren ist auch Aufgabe einer engagierten Bildungspolitik.

Grüne Position

Bildung ist Zukunft

Bildung ist eine zentrale Voraussetzung für eine selbstbestimmte Gestaltung des Lebens sowie für ein verantwortungsvolles, solidarisches Miteinander in einer demokratischen Gesellschaft. Bildung eröffnet Chan-

cen für die persönliche Entwicklung eines Menschen und für berufliche Perspektiven.

Bildung ist eine zentrale öffentliche Aufgabe. Sie muss allen Menschen unabhängig von Geschlecht, Religion, Staatszugehörigkeit, Behinderung, Bildungsgrad, sozialem Status und Alter gleich zustehen. Daher muss verstärkt in den Bildungsbereich investiert werden. Das hebt das kreative und innovative Potential dieses Landes und sichert Arbeitsplätze. Investitionen in die Bildung sind daher Investitionen in die Zukunft.

Grüne Lern- und Bildungsziele

Bildung soll

- Menschen dazu befähigen, Zusammenhänge zu erkennen, ein kritisches, selbstbestimmtes Bewusstsein zu entwickeln und individuelle Talente zu entfalten
- den/die EinzelneN dazu befähigen, selbstbestimmt zu lernen, zu wissen, wie man lernt, zu wissen welche Informationen relevant sind und wo diese gefunden werden können. Damit soll Bildung auch die selbstständige Problemlösungskompetenz fördern.
- Kinder und Jugendliche auf die Anforderungen der Berufswelt vorbereiten. Da der Arbeitsmarkt raschen, unvorhersehbaren Veränderungen unterliegt, muss die Schule ein Lernen ermöglichen, das Kinder und Jugendliche sowie Erwachsene befähigt, sich diesen Veränderungen selbstbestimmt stellen zu können. Lernen muss darauf zielen, Kompetenzen zu entwickeln, die langfristige Bedeutung haben und Flexibilität ermöglichen.
- als zentrale öffentliche Aufgabe dem vom Arbeitsmarkt ausgehenden Druck entgegenwirken, wenn dieser die Verwertbarkeit und den Stellenwert verschiedener Ausbildungsangebote, die aus der momentanen wirtschaftlichen Perspektive wenig verwertbar erscheinen, müssen aufrecht erhalten werden.
- Kreativität, die Fähigkeit zur Reflexion, Kritikfähigkeit, soziale Kompetenzen sowie soziale und ökologische Verantwortung fördern.
- den Anspruch auf Selbstbestimmung und die Entwicklung eigener Lebenssinnbestimmungen verwirklichen.
- Neugier und Lernmotivation stärken.

- die Bereitschaft der Menschen erhöhen, sich Konflikten zu stellen und diese friedlich und demokratisch zu lösen.
- Toleranz und Solidarität stärken.
- eigenverantwortliche und moralische Handlungsfähigkeit fördern. - demokratische Strukturen weiterentwickeln.
- Wege für eine offene, tolerante Gesellschaft ebnen.

Schule: Grüne Bildungsperspektiven

Bereits vor dem Schuleintritt ist es wichtig, dass individuelle Schwächen erkannt und ausgeglichen werden. Ein gesetzlich garantierter Anspruch auf einen ganztägigen Kindergartenplatz (siehe Kurz & Bündig: "[Frühförderung im Kindergarten](#)") ermöglicht allen Kindern einen optimalen Start ins Bildungslernen.

Statt der frühzeitigen Trennung in Hauptschule und AHS-Unterstufe, durch die soziale Unterschiede verstärkt werden, fordern die Grünen eine **Gemeinsame Schule der 6- bis 15-jährigen** SchülerInnen. Die gemeinsame Schule zeichnet sich durch ein hohes Maß an individuellen Fördermöglichkeiten aus, von denen die "Schwächeren" und "Stärkeren" gleichermaßen profitieren.

Ein im Schulorganisationsgesetz festgelegter **Rechtsanspruch auf Nachmittagsbetreuung für alle Kinder** garantiert den Eltern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ein Investitionspaket schafft zusätzliche Betreuungsplätze und ermöglicht den entsprechenden Umbau der Schulgebäude.

Die **Senkung der KlassenschülerInnenhöchstzahl** ist eine weitere wichtige Maßnahme zur Verbesserung der Unterrichtsqualität. Die Grünen fordern daher, dass eine maximale KlassenschülerInnenzahl von 25 in den Pflichtschulen im Schulunterrichtsgesetz festgesetzt wird.

Der Tagesablauf an Schulen soll so organisiert sein, dass LehrerInnen ausreichend auf die SchülerInnen und ihre unterschiedlichen Bedürfnisse eingehen können. Dafür ist der **Unterricht offen zu gestalten**.

Last, not least wollen die Grünen den Schulen und allen betroffenen Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen **mehr Gestaltungsfreiheit und Handlungsspielräume** zugestehen und fordern daher, dass Schulen über die wesentlichen Bereiche selbst entscheiden können und die

SchülerInnenvertretung auf allen Ebenen direkt gewählt wird

Gemeinsame Schule der 6 bis 15jährigen

Statt der frühzeitigen Trennung in Hauptschule und AHS-Unterstufe, durch die soziale Unterschiede verstärkt werden, fordern die Grünen eine Gemeinsame Schule der 6- bis 15-jährigen SchülerInnen. An dieser Schule steht die individuelle Förderung im Vordergrund. Ermöglicht wird diese durch Formen der inneren Differenzierung. Darunter ist nicht die Einrichtung von Leistungsgruppen zu verstehen, die ja wieder die Idee verfolge, SchülerInnen nach ihrer Fähigkeit generell zu trennen. Die gemeinsame Schule zeichnet sich viel mehr durch ein hohes Maß an individuellen Fördermöglichkeiten aus, von denen die "Schwächeren" und "Stärkeren" gleichzeitig profitieren. Insbesondere skandinavische Länder, aber auch Versuchsschulen in Österreich zeigen uns mit Erfolg, wie das gehen kann: der Einsatz von individuellen Lernplänen, individuelle Leistungsvereinbarungen, Unterricht in Kleingruppen, Projekt- und Gruppenarbeiten, altersgemischte Kurs- und Lernteams ermöglichen individualisiertes Lernen, wodurch alle SchülerInnen - sowohl die schwächeren, als auch die stärkeren - bestmöglich gefördert und gefordert werden.

In der Gemeinsamen Schule tragen LehrerInnen Verantwortung für die Erfolge ihrer SchülerInnen. Schwierigkeiten werden sofort an den Schulen, in den Klassen/Gruppen gelöst. Das Leitmotiv finnischer LehrerInnen sollte auch in Österreich Ziel sein: "Wir dürfen niemanden verlieren."

Rechtsanspruch auf kostenlose Nachmittagsbetreuung

Jedes Kind hat Recht auf Nachmittagsbetreuung. Dieser im Schulorganisationsgesetz festgelegte Rechtsanspruch garantiert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und ermöglicht, dass alle Kinder ausreichend gefördert werden. Hausaufgaben werden in der Schule erledigt, Schul- und Lernprobleme werden sofort gelöst. Das befreit die SchülerInnen von dem Lerndruck, den sie heute mit nach Hause nehmen und macht private Nachhilfe überflüssig. Die Eltern können zwischen Nachmittagsbetreuung und Ganztagschulen wählen.

Ein Investitionspaket von 120 Mio.

Euro schafft bis 2010 jährlich 5.000 zusätzliche Betreuungsplätze. Beim erforderlichen Umbau der Schulgebäude werden die Gemeinden unterstützt. Dazu wird ein Bundesfonds eingerichtet.

Den SchülerInnen steht ein breites Angebot an sportlichen und musischen Aktivitäten zur Verfügung. Dieses wird von den Schulen in Zusammenarbeit mit Vereinen geschaffen.

Entsprechend der Schulgeldfreiheit für herkömmlichen Unterricht wird Nachmittagsbetreuung kostenlos angeboten.

Mit Freude in kleineren Klassen lernen

Die Senkung der KlassenschülerInnenhöchstzahl ist eine wesentliche Maßnahme zur Verbesserung der Unterrichtsqualität. Wir fordern daher, dass eine maximale KlassenschülerInnenzahl von 25 in den Pflichtschulen im Schulunterrichtsgesetz festgeschrieben wird. Die sinkenden SchülerInnenzahlen bieten im Pflichtschulbereich genügend Raum für kleinere Klassen.

In kleinen Gruppen wird auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der SchülerInnen eingegangen. Frontalunterricht wird reduziert, es wird mehr im Rahmen von Projekten und in Kleingruppen gearbeitet. Das macht den Unterricht für Alle interessanter, der Unterricht gewinnt zudem an Qualität, Motivation und Lernlust nehmen zu.

In den Oberstufen wird als erster Schritt österreichweit das Kurssystem eingeführt. 40% der Gegenstände können gewählt werden, 60% sind verpflichtend.

Offener Tagesablauf mit Lern- und Erholungsphasen

Der Tagesablauf an Schulen soll so organisiert sein, dass LehrerInnen ausreichend auf die SchülerInnen eingehen und ihre unterschiedlichen Bedürfnisse berücksichtigen können. Dafür ist der Unterricht offen zu gestalten - die starre Vorgabe der 50-minütigen Einheiten hindert sowohl LehrerInnen als auch SchülerInnen, flexibel auf Lernprobleme oder inhaltliche Fragen zu reagieren.

Die Grünen sprechen sich für den Wechsel zwischen Lern- und Erholungsphasen aus. In den Lernphasen am Vormittag werden Stoffgebiete vermittelt, wobei individuell auf die SchülerInnen eingegangen wird. Am Nachmittag wird das Gelernte

wiederholt, und die SchülerInnen werden bei den Hausaufgaben unterstützt. Der direkte Austausch am Nachmittag hat auch den Vorteil, dass LehrerInnen viel früher von Lerndefiziten erfahren und helfend eingreifen können. Planmäßige Unterrichtsblöcke ermöglichen auch, dass mehr Zeit zur Verfügung steht. Diese Zeit kann etwa für fächerübergreifende Unterrichtsstunden genutzt werden. In diesen lernen SchülerInnen viel eher, komplexe Zusammenhänge und Hintergründe zu verstehen, womit langfristiges, problemorientiertes Lernen ermöglicht wird. Aber auch Turnstunden und Projektunterricht können mit weniger Zeitdruck sinnvoller gestaltet werden.

Längere Erholungsphasen als die derzeitigen 5-minütigen Pausen sorgen dafür, dass sich die SchülerInnen ausreichend entspannen können. Dadurch können sie konzentrierter lernen und dem Unterricht folgen.

Vor allem in den ersten Schulstufen ist es wichtig, dass der Tagesablauf einem Rhythmus folgt, der den Bedürfnissen der Kinder entspricht. Der Unterricht richtet sich idealerweise nach den Aktivitäts- und Ruhephasen der SchülerInnen, sodass die Kinder nach ihren eigenen Arbeitsrhythmen lernen können. Ein fixer Stundenplan ist für Kinder dieser Altersstufe wenig sinnvoll.

Auch in den oberen Schulstufen wollen wir aber davon abgehen, dass sechs Stunden je 50 Minuten nur gelernt wird. Wir streben sinnvoll geplante Unterrichtsblöcke an, die aus lernen, üben, wiederholen und erholen bestehen.

Ein derartiger Tagesablauf lässt sich in einer ganztägigen Schulform besonders gut umsetzen. Aber auch in Halbtagschulen soll weitgehend von der starren Unterrichtsform abgegangen werden. Alle SchülerInnen haben den Anspruch auf das ausreichende Eingehen auf ihre Bedürfnisse und individuelle Förderung - unabhängig davon, ob sie eine Ganztagschule besuchen oder nicht!

Mitreden und Mitgestalten in einer demokratischen Schule

Die Grünen wollen den Schulen und allen betroffenen Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen mehr Gestaltungsfreiheit und Handlungsspielräume zugestehen. Über alle wesentlichen Bereiche des schulischen Lebens

sollen Schulen selbst entscheiden können. Das betrifft nicht nur das Schulbudget, die Schuleinrichtung, die Schulorganisation, die Lehrplanelwicklung, das Schulprofil sowie die Beurteilung. Die Schulen sollen auch selbst entscheiden können, welche pädagogischen Konzepte - z.B. Montessoripädagogik - sie anwenden und wie Lern- und Erholungsphasen über den Tag verteilt werden. SchulleiterInnen sind von LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen auf Zeit zu wählen.

Damit alle SchülerInnen ausreichende Mitbestimmungsmöglichkeiten haben, wählt jede Schulklasse, unabhängig von der Schulstufe oder der Schularart, am Anfang eines Schuljahres zwei KlassensprecherInnen. Auch die SchulsprecherInnenwahl erfolgt zu Beginn eines Schuljahres, und alle SchülerInnen sind stimm- und kandidaturberechtigt. Damit wird Allen das Recht eingeräumt, die Zusammensetzung der Landes- und BundesschülerInnenvertretung mit zu bestimmen. Zusätzlich wird ein demokratisches Schulparlament eingeführt, das mitgestaltende Vertretung für Alle garantiert. Es setzt sich aus den KlassensprecherInnen, Eltern und LehrerInnen zusammen und beschließt wichtige schulinterne Regelungen wie die Hausordnung. Damit keine Entscheidung ohne hoher Zustimmung bzw. Akzeptanz der SchülerInnen getroffen wird, können die KlassensprecherInnen einige Male vom Vetorecht Gebrauch machen.

SchülerInnen soll außerdem das Recht eingeräumt werden, regelmäßig Feedback zum Unterricht zu geben und aktiv den Unterricht mit zu gestalten.

Schulautonomie hat für die Grünen Grenzen und wird nicht mit dem Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung für die Schule gleichgesetzt. Erziehung und Bildung ist für die Grünen eine zentrale öffentliche Aufgabe und darf keinesfalls den Gesetzen der Marktwirtschaft unterworfen werden. Die öffentliche Hand muss für den Betrieb einer Schule aufkommen, ein flächendeckendes Angebot sicherstellen und Standards gewährleisten.

Verantwortlich für den Inhalt: Dieter Brosz, Grüner Bildungssprecher und Abgeordneter zum Nationalrat; Mag.a Christina Heintzel, Bildungsreferentin des Grünen Klubs im Parlament.

www.fpoe-parlamentsklub.at/fileadmin/Contentpool/Parlament/PDF/FP_Bildungskonzept-Strategie_2012plus.pdf

FPO Freiheitliches Bildungskonzept Strategie 2012+

- Verpflichtendes Vorschuljahr für Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache, freiwillig für deutschsprachige Kinder
- Hauptschule und AHS Unterstufe 5-jährig
Hauptschule mit 2 Leistungsstufen
Übertritt von der HS in die AHS Oberstufe nur mit entsprechendem Notendurchschnitt
Übertritt von HS und AHS in die BHS nur mit entsprechendem Notendurchschnitt
- Schaffung eines einjährigen Aufbaulehrgangs im Übertritt von Hauptschule in Oberstufe der AHS bzw. BHS für Schüler mit unzureichendem Notendurchschnitt
- Oberstufe 3 Jahre; BHS 3½ Jahre
- Bekenntnis zur ziffermäßigen Schulnote (1-5)
- Notenvergabe nach zentral vorgegebenen Leistungs- und Bildungsstandards
- Wiedereinführung der Beurteilung der äußeren Form der Arbeiten in der Pflichtschule
- Verpflichtende Verhaltensregeln mit entsprechenden Konsequenzen
- Klassenschülerhöchstzahl 25 durchgängig im Unterrichtswesen - Umsetzung sofort
- maximal 30% Anteil Schüler mit nichtdeutscher Muttersprache
- Beibehaltung des differenzierten Schulsystems
- Förderung von Privatschulen - Gleichstellung mit den konfessionellen Privatschulen
- Schaffung eines Bundesgesetzes für die Akkreditierung von Bildungseinrichtungen des primären u. sekundären Privatschulbereiches (Schulakkreditierungsgesetz)
- BHS sind weiter zu entwickeln und haben verpflichtend FHS mit zumindest Baccalaureatsabschluss anzubieten.
- Abschaffung der BMS durch Aufwertung zu BHS, Polytechnische Lehrgänge gehen in den HS auf
- Zielbildungseinrichtung entscheidet über die Zulassungs-

voraussetzungen im Rahmen gesetzlicher Vorgaben

- Zentralmatura nach Leistungs- und Bildungsstandards

Max. 40% Modulares System in der Oberstufe (7. und 8. Klasse AHS bzw. 2. und 3. Klasse BHS);

- Freier Hochschulzugang

Maturagegenstände entscheiden mit über Studienberechtigung; Wahl der Maturafächer im modularen System der Oberstufe AHS (z.B.: Medizin-studium nur möglich wenn ein naturwissenschaftliches Fach mit Matura abgeschlossen wird). Geisteswissenschaftliche Fächer, Sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Fächer, Technische und Naturwissenschaftliche Fächer; Eignungsprüfung für Kunst und Sport.

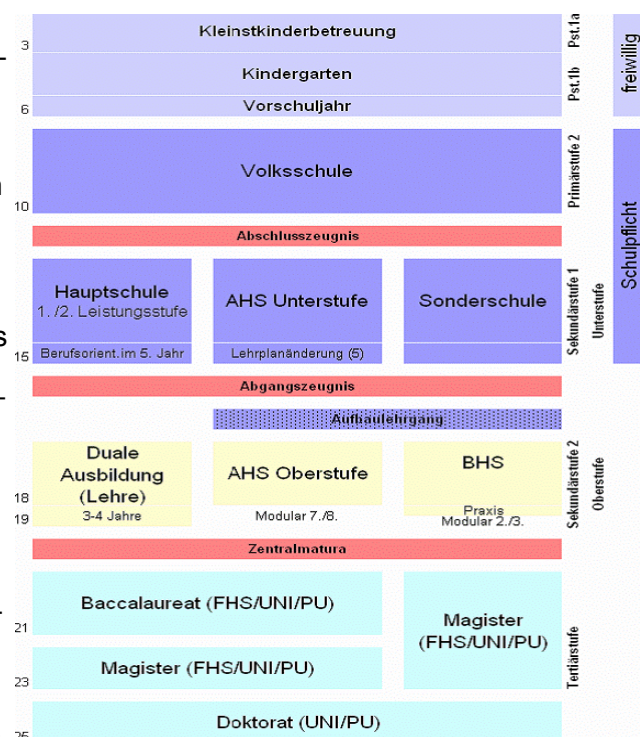
Gegebenenfalls Ergänzungsprüfungen an der Zielbildungseinrichtung zur Erlangung der Studienberechtigung.

Berufsreifeprüfung berechtigt für bestimmte Studien; gegebenenfalls Ergänzungsprüfungen an der Zielbildungseinrichtung zur Erlangung der Studienberechtigung notwendig.

Studienberechtigungsprüfung

- Abschaffung des postsekundären Bildungssektors durch Eingliederung in das tertiäre Bildungssystem.

- Pädagogische Ausbildung ist Universitäre Ausbildung; Überleitung der Pädagogischen Hochschulen in die Universitäten bzw. bei konfessionellen Pädagogischen Hochschulen in Privatuniversitäten.



FHS = Fachhochschule
UNI = Universität
PU = Privatuniversität

http://www.bzoe.at/download/programm/me/agenda_orange.pdf



Das BZÖ steht

für notwendige, breite bildungspolitische Reformen im schulischen, außerschulischen und universitären Bildungsbereich, um die bestehenden, aktuellen und zukünftigen Anforderungen unserer Lebens und Arbeitswelt besser bestehen zu können. Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion lehnt das BZÖ dabei eine Einführung alternativer, gemeinsamer Schulmodelle nicht ab, jedoch müssen dabei sowohl Wahlfreiheit als auch Leistungsprinzip weiterhin möglich bleiben und eine Nivellierung des Bildungsniveaus verhindert werden.

www.liberales.at/img/programm_lif.pdf



Das Programm des Liberalen Forums wurde 1993 erstellt und ist noch gültig.

Bildung und Erziehung

Bildung bedeutet aus liberaler Sicht praktizierte Aufklärung. Sie hat zum Ziel, den Stand des gegenwärtigen Wissens zu vermitteln, zugleich aber auch die Fähigkeit, dieses Wissen kritisch zu hinterfragen. Liberale Bildungspolitik versteht Bildung als emanzipatorischen Prozeß und nicht als Instrument der Anpassung an gesellschaftliche Normen. Sie orientiert sich daher nicht an einem feststehenden und unhinterfragbaren Kanon an Bildungsgütern, sondern einerseits am Wandel der Gesellschaft und andererseits an den sich wandelnden Interessen der zu Bildenden. Vor diesem Hintergrund müssen konkrete Bildungsziele für die Praxis immer wieder neu hinterfragt und ausformuliert werden.

Der liberale Bildungsbegriff orientiert sich am Ideal des mündigen, autonomen und verantwortungsbewußten Individuums. Oberste Bildungsziele sind Eigenständigkeit, Urteilsfähigkeit, Verantwortungsbewußtsein und Toleranz sowie die Bereitschaft zur Weiterentwicklung der eigenen Kompetenzen. Bildung soll das Wissen um und das Verständnis für historische, kulturelle, ökologische, politische und wirtschaftliche Zusammenhänge wecken und vertiefen, sie soll die Befähigung fördern, kreativ und vernetzt zu denken. Dem liberalen Denken entspricht ein Bildungssystem, das die Bereitschaft des

Menschen zu Selbstbestimmung und Eigenverantwortung entwickelt, ihn zur sinnvollen Gestaltung seines Lebens motiviert und seine Fähigkeiten ausbildet, mit anderen zu kooperieren.

In einer auf individueller Leistung und Wettbewerb beruhenden Gesellschaftsordnung stellt der offene Zugang zu Bildungseinrichtungen ein wesentliches Moment von Chancengerechtigkeit dar. Soziale Herkunft und Einkommen dürfen keine Barrieren für den Zutritt zu Bildungseinrichtungen bilden. Ein an liberalen Grundsätzen orientiertes Bildungssystem muß durch ein Höchstmaß an Offenheit, Durchlässigkeit und Pluralität dazu beitragen, die bestehenden Chancenungleichheiten in unserer Gesellschaft abzubauen. Bildungseinrichtungen müssen unbürokratisch organisiert sein und von parteipolitischem Einfluß frei gehalten werden.

A n a l y s e :

** Die österreichische Bildungspolitik ist weitgehend durch ein starres Festhalten an einem großkoalitionären Minimalkonsens geprägt. Dies verhindert jede tiefergehende Reform. Schulversuche werden zumeist halbherzig durchgeführt und zeitigen nur unzureichende Konsequenzen für die Regelschule. Unterrichtsmethoden, die weltweit seit Jahrzehnten mit guten Erfahrungen verwendet werden, vor allem stärker an Eigentätigkeit und Gruppenunterricht orientierte Methoden, haben bis heute nicht ausreichend in die Regelschule Eingang gefunden.*

** Allgemeinbildung und Berufsvorbildung orientieren sich zu sehr am Wissen und zu wenig am Können: Allgemeinbildung führt damit eher zur Ansammlung von abfragbaren Wissensinhalten als zu Problemlösungskompetenz und zu Techniken des selbständigen Wissenserwerbs.*

** Die Realität des Unterrichts ist nach wie vor zu sehr geprägt durch reine Wissensvermittlung und zu wenig durch Reflexion konkreter Realitätserfahrungen und Hinterfragung von theoretischen Meinungen. Dies führt zu einer kritiklosen Orientierung an der Autorität von Lehrern und Lehrmeinungen anstatt zu der Überzeugung, daß sich Wissen und theoretische Lehrmeinungen stets aufs neue in der Erfahrung bewähren müssen.*

** Die längst fällige Revision der Inhalte schulischer Allgemeinbildung wurde bis heute nicht geleistet. Bei-*

spielsweise fehlen elementare rechtliche, wirtschaftliche und medizinische Kenntnisse, während über Jahrzehnte angesammelter Ballast weitergeschleppt wird.

** Das österreichische Bildungssystem ist bestimmt durch eine zu frühe äußere Differenzierung, die zu einer Vielzahl verschiedener Schultypen führt, wo eine flexible Anpassung des Bildungsangebots an die differenzierten Interessen und Fähigkeiten einzelner Schüler und deren Schwankungen im Entwicklungsverlauf erforderlich wäre.*

** Trotz weitgehend angeglicher Lehrpläne werden für den Sekundarschulbereich nach wie vor Lehrer an verschiedenen Institutionen und nach unterschiedlichen Modellen ausgebildet und in unterschiedliche dienst- und gehaltsrechtliche Schemata gegliedert.*

** Die Beibehaltung der Trennung von Hauptschule und gymnasialer Unterstufe hat tatsächlich nicht zu unterschiedlichen Leistungsangeboten geführt, sondern zu einer Diskrepanz zwischen städtischer und ländlicher Schulorganisation. Echte regionale Chancengleichheit wird durch die äußere Differenzierung im Sekundarschulbereich eher behindert als gefördert.*

** Vielfalt der Bildungsangebote wird in Österreich nicht als Wettbewerb pädagogischer Angebote und Schulerhalter verstanden, sondern als Nebeneinander relativ starrer Schultypen.*

** Obwohl die mangelhafte Objektivität und Aussagekraft von Schulnoten in zahlreichen wissenschaftlichen Untersuchungen nachgewiesen wurde, wird die traditionelle Ziffernbenotung nach wie vor unkritisch angewandt und von der konservativen Schulpolitik, aber auch von Eltern verteidigt, die sich vordergründig eher an einem Leistungsvergleich als am individuellen Bildungserfolg orientieren.*

** Die ohnehin nur rudimentär vorhandene Schulreformdiskussion in Österreich nimmt zu wenig Rücksicht auf die internationale Entwicklung, insbesondere im EU-Raum. Bildungsplanung beschränkt sich in Österreich zu sehr auf Trendanalysen und Prognosen der Bildungsnachfrage und vernachlässigt die Diskussion politisch begründeter und parlamentarisch legitimer Planungsziele.*

** Obwohl in Österreich nach wie vor ein geringerer Anteil der Bevölkerung studiert als in den meisten OECD-*

Ländern, wächst die Angst vor der Entwicklung eines "akademischen Proletariats". Diese Angst erscheint aber nicht wegen der effektiven Zahl an Studierenden berechtigt, sondern eher aufgrund der unzureichenden Verklammerung von Bildungsangebot und gesellschaftlichen Ausbildungserfordernissen.

** Gravierende Veränderungen der Bildungslandschaft, wie etwa die Einführung von Fachhochschulen, werden ohne ausreichende horizontale und vertikale Vernetzung (Verhältnis zum AHS- /BHS-Bereich bzw. Verhältnis zu universitären Studiengängen) eingeleitet.*

** Die notwendige Reform der Universitätsorganisation wurde weitgehend von der längst überfälligen Studienreform abgekoppelt und präjudiziert damit die Anpassung der universitären Strukturen an neue Studien- und Bildungserfordernisse. Insbesondere im Eingangsbereich der universitären Studiengänge verhindern Verschlüsselung und starre Fachcurricula eine breitere Orientierung im Rahmen des universitären Bildungsangebots.*

** Obwohl Bildung in modernen Industriegesellschaften nur als lebenslanges Lernen konzipiert werden kann, fehlt in Österreich eine ausreichende Gewichtung der Weiterbildung und der Erwachsenenbildung.*

Folgerungen:

* Schul- und Bildungspolitik müssen sich dem gesellschaftlichen Diskurs öffnen und dem gesellschaftlichen Wandel anpassen. Die Diskussion über Bildungsziele und Schulorganisationsformen darf daher nicht nur Sache von Experten bleiben, sondern muß von der Gesellschaft geführt und getragen werden. Einerseits dürfen Bildungsziele und Bildungsinhalte nicht der Beliebigkeit anheimfallen, andererseits aber auch nicht zu einem festen Bildungskanon erstarren.

* Die Anpassung des Bildungssystems an den gesellschaftlichen Wandel erfordert die Bereitschaft zu einer permanenten Schulreform, die sich auf internationale Erfahrung ebenso stützen muß wie auf eigene Erfahrungen auch aus Schulversuchen. Es ist sicherzustellen, daß pädagogische Erkenntnisse so rasch wie möglich in die Regelschule Eingang finden.

* Vorrangiges Ziel des schulischen Unterrichts ist die Vermittlung von Problemlösungskompetenz und von

Techniken des selbständigen Wissenserwerbs. Der kontrollierten selbständigen Tätigkeit der Schüler ist daher ein wesentlicher Stellenwert für die Unterrichtspraxis zuzumessen.

* Wir bekennen uns grundsätzlich zu einem Pluralismus der Schulerhalter, lehnen aber auf ständischen Interessen oder doktrinären weltanschaulichen Interessen beruhende Bildungsinstitutionen ab. Wir halten daher an der Verpflichtung des Staates fest, öffentliche Schulen einzurichten und zu betreiben, befürworten aber alle Privatinitiativen im Bildungsbe-
reich, sofern sie sich der Allgemeinheit öffnen, einem emanzipatorischen Bildungsziel verpflichtet sind und zur Weiterentwicklung des Bildungssystems beitragen.

* Wir treten für ein Bildungssystem ein, das eine frühzeitige Festlegung auf bestimmte Bildungskarrieren verhindert. Daher befürworten wir das Prinzip der inneren Differenzierung, das ein selektives Eingehen auf die individuellen Fähigkeiten und Interessen sowie deren entwicklungsbedingter Veränderung anstrebt und ermöglicht. Schulorganisation und Lehrerbildung haben sich verstärkt an diesem Prinzip zu orientieren. Eine Notwendigkeit zur äußeren Differenzierung in unterschiedliche Schulformen sehen wir erst ab dem Ende der Schulpflicht.

* Wir bekennen uns zum Stufenlehrerprinzip, d. h. zur dienst- und besoldungsrechtlichen Gleichstellung aller Lehrer, die Schüler einer bestimmten Altersstufe unterrichten, sowie zur Vereinheitlichung der Lehrerausbildung entsprechend diesem Prinzip. Dies könnte durch Zusammenfassung der bisher auf Universität und Pädagogische Akademien aufgeteilten Lehrerausbildung in eigenen Pädagogischen Akademien erreicht werden, die durch Möglichkeiten der universitären Weiterbildung ergänzt werden könnten.

* Liberale Politik will zu Leistung und Selbstentfaltung ermutigen und tritt daher für eine umfassende Begabungsförderung ein, die nicht nur auf die Förderung der Hochbegabten abzielt, sondern auf die Weckung und Förderung aller in der Gesellschaft vorhandenen kreativen Potentiale.

* Wir begrüßen alle Maßnahmen, die zur Chancengleichheit der Geschlechter im Bildungssystem beitragen und regionale oder herkunftsbedingte Nachteile abbauen. Wir sehen

in den Bildungsinstitutionen eine besondere Möglichkeit, Zuwanderern für die Eingliederung in unsere Gesellschaft Hilfestellung anzubieten und im besonderen Bildungsdefizite auszugleichen, die auf Unterschieden zwischen den Bildungssystemen beruhen. Dazu sind insbesondere die unterrichtsfreien Zeiten zu nützen.

* Wir befürworten die Integration körperlich und geistig Behinderter in allen Bildungseinrichtungen nach Maßgabe der pädagogischen Möglichkeiten. Voraussetzung dafür ist insbesondere ein ausreichendes Maß an innerer Differenzierung im Unterricht sowie die Einbindung eines zweiten Lehrers mit behinderten-spezifischer Ausbildung.

* Wir treten für ein differenziertes schulisches Beurteilungssystem ein, das erbrachte Leistungen und Lernfortschritte konkret beschreibt und nicht nur durch Ziffernnoten quantifiziert.

Anstelle starrer Jahrgangsklassen sollte die Möglichkeit eröffnet werden, einzelne Unterrichtsgegenstände in unterschiedlichen Lerngruppen zu absolvieren. Dadurch könnte insbesondere unnötiges Repetieren vermieden werden.

* Schule soll nicht zur Konkurrenz erziehen, wohl aber zu Konkurrenzfähigkeit. Wir befürworten ein Schulsystem, das nicht nur Wissen, sondern auch soziale Kompetenz vermittelt und zu solidarischem Lernen und Handeln anregt. Teamarbeit und die Anerkennung von Gruppenleistungen sind daher in der Unterrichtsorganisation stärker zu berücksichtigen.

* Demokratisches Handeln kann nur in demokratisch verfaßten und geleiteten Institutionen erlernt werden. Wir treten daher für eine durchgehende innere Demokratisierung des Bildungssystems ein. Wir fordern die Wahl von Direktoren auf Zeit durch den Schulgemeinschaftsausschuß und die verstärkte Einbindung von Schülern in die Gestaltung der Unterrichtsorganisation. In jedem Fall sind Personalentscheidungen im Schulbereich dem parteipolitischen Einfluß zu entziehen. In diesem Zusammenhang ist die Sinnhaftigkeit der Landes- und Bezirksschulräte zu überprüfen.

* Wir verstehen Schulaufsicht nicht nur als Kontrollinstanz für die Einhaltung formaler gesetzlicher Rahmenbedingungen, sondern auch als In-

strument der pädagogischen Motivation und Anregung für die Lehrer, den gesetzlichen Freiraum bei der Gestaltung von Unterrichtsabläufen zu nutzen.

* Anstelle des einheitlichen Gebrauchs von Schulbüchern sollte in stärkerem Maße der individuelle Umgang mit Literatur treten. Eingesparte Mittel aus der Schulbuchaktion sollten zur Erweiterung von Schulbibliotheken verwendet werden, die in vertretbarem Maße auch der Allgemeinheit geöffnet werden sollten. Das System des Gratisschulbuches ist überwiegend durch das System der "Schülerlade" zu ersetzen.

www.kpoe.at/home/positionen/dokumentation/programmattik-kpoe.html

KPO Menschenrecht auf Bildung für alle

Dieses Menschenrecht durchsetzen hat die Sicherung und den Ausbau des kostenlosen öffentlichen Bildungswesens zur Voraussetzung. Soziale Herkunft darf nicht länger die Bildungs- und Lebenschancen der Kinder und Jugendlichen vorherbestimmen:

Schluss mit der sozialen Auslese am Ende der Volksschule. Schluss mit der Benachteiligung der Kinder von ArbeiterInnen, AlleinerzieherInnen und MigrantInnen: Wir fordern ganz-tätig geführte Gesamtschulen bis zum Ende der Schulpflicht, soziale Integration und individuelle Förderung aller Begabungen und Talente.

Wir fordern kleine Klassen, ein breites musisch-kreatives, sprachliches, naturwissenschaftliches und sportliches Angebot und weltoffenen, projektorientierten Unterricht auf wissenschaftlicher Grundlage. Wir fordern die Anhebung der Ausbildung aller LehrerInnen auf Universitätsniveau, ein gemeinsames Bundesdienstrecht aller LehrerInnen und gemeinsame Schulbau und Schulraumnutzung als Kompetenz von Ländern und Gemeinden.

Bildungspolitik ist Sozialpolitik. Zu ihrer Verwirklichung ist die Umverteilung gesellschaftlich geschaffenen Reichtums notwendig, das gilt auch für die Finanzierung einer qualifizierten Berufsausbildung: Wer nicht ausbildet, muss Berufsausbildungsabgabe in einen Fonds zur Finanzierung öffentlicher Lehrwerkstätten zahlen.

<http://www.diechristen.at/index.php>

DIE CHRISTEN Erziehung und Bildung LEBEN. WERTE. ZUKUNFT

Der Staat hat zu gewährleisten, dass Erziehung und Unterricht der Kinder entsprechend den religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen der Eltern stattfinden. Wir treten dafür ein, dass unsere christlichen Wertvorstellungen über den Lebensschutz, über Ehe, Familie und Kultur in der Kindererziehung und in der Erwachsenenbildung zum Tragen kommen.

Jedem Vater und jeder Mutter steht das individuelle Menschenrecht zu, vom Staat zu verlangen, dass Erziehung und Unterricht entsprechend den eigenen religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen stattfinden (nach der Europäischen Menschenrechtskonvention, deren Bestimmungen in Österreich Verfassungsrang haben). Dieses Menschenrecht wird völlig mißachtet. Im Rahmen der schulischen Erziehung, in der Erwachsenenbildung und im Kulturbetrieb wird alles getan, um die Grundlagen unseres christlichen Ideals von Ehe und Familie und vom menschlichen Zusammenleben zu zerstören. Und da beginnt man schon bei den Kindern. Die schulische Sexualerziehung wird als fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip gesehen und die Übungen, die dort empfohlen werden, entfremden die Kinder und Jugendlichen dem Elternhaus. Sie versuchen, den christlichen Glauben an der Wurzel auszurotten und im sexuellen Bereich folgendes „Ideal“ zu suggerieren: „Tu, was dir Spaß macht, aber pass auf, dass du davon keine Kinder kriegst!“

Ehe und Familie werden in der Schule und anderen Bildungseinrichtungen oft als patriarchalische Herrschaftsstruktur und Ort der Gewaltanwendung verunglimpft. Dabei wäre es Aufgabe der Schule, die Familie zu stützen und gemeinsam mit den Eltern auf eine gesunde Entwicklung und Förderung der Kinder hinzuwirken. Wir wollen, dass wieder das christliche Familienideal vermittelt wird: Liebt einander. Einer trage des anderen Last. Die Eltern haben die Bereitschaft, für das ganze Leben in guten und schlechten Tagen zusammenzustehen und vermitteln den Kindern damit Sicherheit und Geborgenheit. Egoismus zerstört, Liebe baut auf.

Wir wissen, dass das Ideale sind, die in unserer Gesellschaft schwer zu erreichen sind. Aber wir alle brauchen heute wieder Ideale, die uns aufrichten, Mut machen und als Ziel vor Augen stehen.

Artikel 2 des Zusatzprotokollens zur Europäischen Menschenrechtskonvention lautet:

Das Recht auf Bildung darf niemandem verwehrt werden. Der Staat hat bei Ausübung der von ihm auf dem Gebiete der Erziehung und des Unterrichts übernommenen Aufgaben das Recht der Eltern zu achten, die Erziehung und den Unterricht entsprechend ihren eigenen religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen sicherzustellen.

liste fritz dinkhauser

www.fritz-dinkhauser.at/index.php?id=3000

Die Liste Fritz Dinkhauser bekennt sich zur sofortigen Bildungsoffensive und Behebung des Bildungsnotstands mit positivem Schul- und Berufsabschluss für jeden

<http://www.fritz-dinkhauser.at/index.php?id=3003>

Programm: Bildung

„Tirol braucht einen Quantensprung in der Bildung, um den Anschluss nicht zu verpassen.“

Bildung ist ein wichtiges Gut, das im Mittelpunkt unserer Bestrebungen stehen muss, ein neues Tirol umzusetzen. Aus diesem Grund müssen wir den Mut haben, neue Wege zu gehen und den Menschen wieder Mut machen, zu lehren und zu lernen. Dafür werden wir auch im Landesbudget neue Prioritäten für Aus- und Weiterbildung setzen.

ABSCHLUSS FÜR ALLE

An die 1000 Jugendlichen jährlich schließen weder eine Schule noch eine Berufsausbildung erfolgreich ab. Hier muss massiv gegengesteuert werden. Wir können in keinem Bereich auf Talente verzichten. Der Hauptschulabschluss muss deshalb im zweiten Bildungsweg zum Nulltarif möglich sein, ebenso wie die Laufbahnberatung und Kompetenzbilanz, die Aufschluss über Fähigkeiten und Neigungen des Einzelnen geben. Dies soll unter anderem sicherstellen, dass der begonnene Beruf, der oft ohne Kenntnis der Anforderungen gewählt wird,

nicht abgebrochen werden muss, wobei auch die Möglichkeiten eines Wechsels während der Lehrzeit und das Modell „zweite bzw. dritte Chance“ umgesetzt werden muss. Kein Tiroler soll ohne positiven Schul- bzw. Berufsabschluss sein.

NACHHILFE KOSTENLOS

Die Tatsache, dass „Herkunft gleich Zukunft“ ist, muss geändert werden. Chancengleichheit und Gerechtigkeit müssen auch im Bildungsbereich Vorrang haben. Dazu sollen neue Modelle umgesetzt werden, die Leistungsgruppen an den Hauptschulen abgeschafft, technische und naturwissenschaftliche Fächer verstärkt und angehende Pädagogen im Zuge ihrer Ausbildung zu verpflichtendem, kostenlosem Nachhilfeunterricht herangezogen und so zu wichtigen Förderern und Stützlehrern werden. Bildungsanimateure und Talentscouts sollen tirolweit ebenso wichtige Bildungsarbeit leisten. Gleichzeitig wird großer Wert auf die Integration von klein auf gelegt: Möglichst früh sollen Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund zweisprachig unterrichtet werden.

QUANTENSPRUNG

Tirol liegt in Bezug auf Bildung unter dem österreichischen Durchschnitt. Deshalb muss sofort mehr investiert werden. Evaluierung der Bildungseinrichtungen, die Schaffung eines

Bedarfskonzepts und eines eigenen Budgets sowie eine klare Kompetenzverteilung vonseiten des Landes sollen dabei helfen. Auch das Erwachsenenbildungs- und Arbeitnehmerförderungsbudget muss deutlich erhöht werden.

LEBENSLANGES LERNEN

Lebenslanges Lernen soll kein Schlagwort bleiben. Anreize, um dies zu erreichen, müssen geschaffen werden. Finanzierungsmodelle – sprich Ersatzeinkommen – für Berufsaus- und Weiterbildungen, bei denen kein Gehalt zu erwarten ist, sind umzusetzen, ein Erwachsenenbildungskonzept ist zu erstellen und die berufsbegleitende Weiterbildung zu fördern. Denn Qualifikation und der Kampf um die Talente werden letztlich entscheiden, ob Tirol den Wohlstand, den es erarbeitet hat, auch halten kann.

„Wir wollen kostenlose Nachhilfe für alle Kinder, denn schulisches Fortkommen darf keine Frage des Familieneinkommens sein.“

Jedes Ausbildungsjahr bringt jedem Tiroler sieben Prozent mehr Nettolohn auf Dauer. Wir wollen:

- Kostenlose Nachhilfe in allen Bezirken auf Basis von Bürgerpatenschaften bzw. verpflichtender Praktikas
- Schul- und Berufsabschluss für alle

- Ausbau von Ganztagschulen: flächendeckend Ganztagschulen in allen Schultypen
- Einrichtung einer Eltern-Pädagogen-Plattform: laufende Evaluierung der schulischen Qualität sowie Erarbeitung neuer und innovativer Modelle zwischen Eltern, Schülern und Lehrerinnen und Lehrern
- Abschaffen der Leistungsgruppen an Hauptschulen
- Erstellung eines Bildungsbudgets und klare Kompetenzverteilung
- Berufsbegleitende Weiterbildung und Ausbau der Berufsausbildung via Fernlehrgängen
- Laufbahnberatung zum Nulltarif
- gerechte Verteilung von Stipendien
- Fördern von Talenten und Fähigkeiten in allen Altersgruppen
- Installierung von Bildungsbeauftragten in allen Gemeinden, als Schnitt- und Kommunikationsstelle für Bildungswillige



<http://www.rettet-oesterreich.at/>

Keine Aussagen zur Bildung, aber die Befürchtung, dass Geld künftig an die EU, statt in die Bildung fließt.

AK/GPA-Tagung "Unterwegs zur gemeinsamen Schule?", PH Wien, Do/Fr 6./7.Nov.08.
 Referate (zB „**Verschärfung der sozialen Diskrimination durch das Bildungssystem**“, „kreatives Lernen, Angst-„Lernen“ und die Auswirkungen der Selektion“), Arbeitsgruppen, Podiumsdiskussion. Mit PädagogenInnen, Bildungs- und GehirnforscherInnen, PolitikerInnen, ... Sobald Details bekannt sind, siehe www.oe.li-ug.at

ÖLI-Berufsrechtsschutz

Für ÖLI-Mitglieder, die den unverminderten Mitgliedsbeitrag (25 € /Monat) per Dauerauftrag auf PSK (BLZ 60000) Konto Nr. 78420320 leisten, wird auf Antrag eine Berufsrechtsschutzversicherung inkludiert. Infos bitte anfordern: oe.li@kreidekreis.net
 ÖLI-Beitrag unter "Beiträge zu Berufsvereinigungen" beim Jahresausgleich geltend machen und 43,6% Lohnsteuer zurückbekommen. Der Jahresbeitrag von € 300 **reduziert** sich dadurch auf netto € 169,2 (bei Monatsbrutto ab ≈ 2500 €).
 Übrigens: Der ÖLI-Mindestbeitrag beträgt gemäß Generalversammlung vom 3. 10. 06 30 Euro/Jahr. Kreidekreis-Abo 7 €/Jahr.

| | | | |
|--|--|---|---------------|
| P.S.K. | | ERLAGSCHEIN - EURO | |
| | | EUR | Betrag |
| Kontonummer EmpfängerIn | | BLZ Empfängerbank | Empfängerbank |
| 7 8 4 2 0 3 2 0 | | 6 0 0 0 0 | P S K |
| Empfänger | | | |
| Ö L I - K a s s i e r F u c h s b a u e r | | | |
| Unterschrift AuftraggeberIn - bei Verwendung als Überweisungsauftrag | | Verwendungszweck | |
| | | <input type="radio"/> Mindestmitgliedsbeitrag (30,-/Jahr) <input type="radio"/> Kreidekreis-Abo (7,-/Jahr) <input type="radio"/> Mitgliedsbeitrag (25,-/Monat) (beinhaltet Kreidekreis-Abo) <input type="radio"/> Ich möchte Berufsrechtsschutz Telebanking: Name+Adr. angeben <input type="radio"/> Bitte sendet mir eine Bestätigung für's Finanzamt | |
| Kontonummer AuftraggeberIn | | BLZ-Auftragg./Bankverm. | |
| AuftraggeberIn/EinzahlerIn - Name und Anschrift | | | |

Kurier-Artikel und ein Leserbrief dazu:

Dienstleistung

Die Lehrer werden von uns bezahlt, damit sie unsere Kinder ausbilden. Doch ist es ausgesprochen schwierig, die Qualität dieser Dienstleistung zu überprüfen. Man stelle sich vor, ein Friseur würde ständig windschiefe Frisuren schneiden oder ein Wirt versalzene Suppe servieren. Dennoch wären beide nahezu unkündbar, und ein Wechsel zu einem anderen Haarschneider bzw. Lokal wäre nur unter größten Schwierigkeiten möglich. Darüber hinaus gäbe es keine Möglichkeit, die Leistungen von Friseur und Wirt zu bewerten – ganz im Gegenteil, die beiden würden den Kunden jedes halbe Jahr Zeugnisse über die Qualität ihrer Haare oder über ihr Essverhalten austeilen.

Wieder wird über eine Lehrer-Beurteilung diskutiert, wieder bremst die Gewerkschaft. Ein – altersadäquates, formal sachliches – Feedback für den Lehrer durch seine Kunden, die Schüler, wäre selbstverständlich und nützlich. Kommen wird es lange nicht: Denn in Österreich habe konstruktive Kritik keine Tradition, sagt eine kritische Lehrerin. Da könnt' ja ein jeder kommen. – GUITAR - guido.tartarotti@kurier.at © 23.06.08 KURIER

Sehr geehrter Herr Tartarotti, so sehr ich Ihre Kommentare sonst ob ihrer brillanten Schärfe zu schätzen weiß, so sehr ärgerte mich, was Sie unter dem Titel „Dienstleistung“ am 23.6.2008 zum Besten gaben.

Schon der erste Satz stimmt nicht. Sie schreiben: „Die Lehrer werden von uns bezahlt, damit sie unsere Kinder ausbilden.“ Es geht aber keineswegs um Ausbildung, sondern um Bildung. Und das ist doch weit mehr, dazu gehört neben einem soliden Allgemeinwissen auch ein gerüttelt Maß an Persönlichkeitsbildung, der Erwerb von „Schlüsselqualifikationen“ wie Teamfähigkeit und Kommunikationsfähigkeit, Denken in Zusammenhängen und vieles mehr. Soweit das hehre Ziel, das wir nicht aus den Augen verlieren wollen.

Doch nun zur Realität. Die meisten SchülerInnen sitzen in der Schule,

- weil sie müssen (Pflichtschule)
- weil ihre Eltern es wollen
- weil ihre Freunde auch dieselbe Schule besuchen
- weil sie keinen Lehrplatz bekommen
- weil sie nicht wissen, was sie sonst tun sollen
- weil sie glauben, damit ihre Lebenschancen zu verbessern ... usw.

Kaum eine(r) geht zur Schule um etwas zu lernen.

Das wiederum ist aber der erklärte Zweck der Institution Schule, und der ganze Aufwand (Schulbau, Einrichtung und Ausstattung, Personal) wird von der Gesellschaft doch nur deshalb betrieben, um eine Umgebung zu schaffen, in der Lernen möglich ist. Was ist nun aber dabei die Aufgabe der LehrerInnen?

Pingelige DeutschlehrerInnen unterscheiden nach wie vor die Verben „lehren“ und „lernen“ und Sprachbücher behaupten dementsprechend „Der Lehrer lehrt. - Der Schüler lernt.“ Und diese Begriffe erlauben schlussendlich erst, den Prozess, der idealer Weise in der Schule stattfinden soll, zu beschreiben: Die LehrerInnen schaffen mir ihrem Unterricht ein Angebot, von dem die SchülerInnen Gebrauch machen können (oder auch nicht). Wenn es von ihnen verlangt wird, können sie auch mehr oder weniger sanften Druck ausüben, um die Leistungsbereitschaft der SchülerInnen zu erhöhen (was aber auch nicht gerne gesehen wird), mehr aber auch schon nicht.

Sie vergleichen das Ergebnis der Lehrtätigkeit mit „windschiefen Frisuren“ und „versalzene Suppen“. Da kann ich nur sagen: Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich. Passendere Vergleichsobjekte als Friseure und Wirte wären vielleicht Fitnesstrainer, die noch so gut sein können, aber erfolglos bleiben, wenn sich ihre Kunden nicht bewegen wollen, oder Ernährungsberater, die am Ende auch nur feststellen können, was die Waage zeigt, wenn ihre Klienten ihr Ernährungsverhalten nicht verändern.

Lernen müssen nämlich immer noch die SchülerInnen selbst. Das kann ihnen niemand abnehmen, wenn auch noch so sehr suggeriert wird, LehrerInnen könnten durch Motivation, lebendigen Unterricht, Aufbereitung der Lerninhalte, Medieneinsatz und Wahl der Sozial- und Arbeitsformen ihre SchülerInnen auf eine Weise mit Inhalten konfrontieren, dass der Lernprozess quasi von selbst, spielerisch und ohne jede Anstrengung vor sich geht. Lernen ist aber nun mal Arbeit, und ohne diese Arbeit zu verrichten, werden SchülerInnen nur sehr wenig lernen. Das gilt nicht nur für die Aneignung von Faktenwissen, sondern auch für Kenntnisse und Fähigkeiten aller Art, die man auch nur dadurch erwirbt, dass man sie einübt, und nicht dadurch, dass sie einem vorgemacht werden. Diese Lern-Arbeit ist in erster Linie Denk-Arbeit, und das ist ein aktiver Prozess, von dem die meisten SchülerInnen glauben, dass er erst einsetzen muss, wenn sie sich daheim auf Tests und Prüfungen vorbereiten, während sie den Unterricht passiv über sich ergehen lassen können wie daheim vor der Glotze „Confetti TiVi“ (mit dem verglichen natürlich auch der beste Unterricht alt aussieht).

Und das ist noch der beste Fall. Viel häufiger wird der Unterricht als eine Veranstaltung angesehen, wo man so ziemlich alles tun kann außer mitzudenken, Gedankengänge mit- und nachzuvollziehen, zu denen die LehrerInnen anregen (sollten). Lernen als

Denk-Arbeit findet in der Schule kaum mehr statt.

Um die Illusion aufrecht zu halten, in der Schule werde etwas gelernt, wird in unzähligen „Wiederholungen“, Tests, Schularbeiten und Prüfungen jede Menge fein vorgekauft Faktenwissen (am besten im multiple-choice-Verfahren) abgefragt, das zu diesem Zweck von den SchülerInnen daheim mühevoll im Kurzzeitgedächtnis abgelegt wird, um wenige Tage später wieder vergessen zu werden. Diese Merkleistung wird dann in Prozent bemessen und einer Note zugeordnet, wodurch es möglich wird, dass SchülerInnen und Eltern am Jahresende das bekommen, was sie an der Schule als einziges wirklich interessiert, nämlich das Zeugnis. Und das wird in der Regel ein positives sein, will doch keine Schule SchülerInnen an andere Schulen verlieren.

Diese Art von Lernen stiehlt den SchülerInnen Freizeit und verursacht jede Menge „Schulstress“ und ist doch völlig sinnlos, denn Bildung wird damit nicht erreicht. Wenn dann bei PISA-Studien festgestellt wird, dass Österreichs SchülerInnen nicht einmal mehr imstande sind, einfache Arbeitsanweisungen zu verstehen, geschweige denn selbständig zu denken, ist „die Öffentlichkeit“ schockiert und die LehrerInnen bekommen wieder mal ihr Fett ab. Ernsthafte Überlegungen, wie man die Schule wieder zu einem Ort des Lernens machen könnte, welche Rahmenbedingungen nötig wären, immer „schwierigere“ Kinder in einer reizüberfluteten Welt der Oberflächlichkeit zu ernsthafter Denk-Arbeit zu bringen, werden nur sehr selten angestellt.

Sehr richtig ist Ihre Bemerkung, es sei sehr schwierig, die Qualität der Lehrtätigkeit zu überprüfen. Darunter leiden die LehrerInnen nicht zuletzt auch selbst, da ihnen somit die Anerkennung versagt bleibt, die sie dringend brauchen würden, um unter den gegebenen Bedingungen nicht völlig zu verzweifeln (und in der Tat sind die meisten von ihnen ziemlich verzweifelt). Unbemerkt bleibt, dass sie ihr eigentliches Geschäft (das Lehren) kaum mehr praktizieren können, sondern zwischen Bürokratismus und Sozialarbeit, Standardisierungswahn und Disziplinierungsnotwendigkeiten, Ersatzeltern und illusorischen Zielsetzungen zerrieben werden und so sehr schnell ihren ursprünglichen Idealismus verlieren.

Natürlich brauchen LehrerInnen regelmäßiges Feedback von ihren SchülerInnen (und holen dies in der Regel auch regelmäßig ein), aber dass damit eine sachliche Beurteilung ihrer Leistung gegeben wäre, glauben Sie doch wohl selbst nicht.

Walter Teubl, 4600 Wels

Zum Vergleich zu den Parteiprogrammen und mit der Bitte um Verbesserungsvorschläge (in 1 Jahr sind wieder PV-Wahlen!):

aus dem ÖLI-Programm

Die ÖLI-UG und ihre Mandatare stehen für:

ein ERSTKLASSIGES ÖFFENTLICHES SCHULWESEN

Ein demokratischer Staat hat die Verpflichtung, allen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit erstklassiger Bildung anzubieten - ohne Rücksicht auf die finanzielle

Situation der Eltern. Das bedeutet, **dass der Staat mehr Geld für Bildung ausgeben muss!**

Kleinere Klassen und Gruppen

KlassenschülerInnen-höchstzahl 25

Der ÖGB beschloss die Forderung: KlassenschülerInnenhöchstzahl 20. Wer setzt sie um?

Die SGAs dürfen zwar die Teilungsziffern senken - die Schulen brauchen aber mehr Werteinheiten dafür!

Kein gegenseitiges Auspielen von Schulen

Überzogene Konkurrenz zwischen den einzelnen Schulen führt einerseits zu einer Kluft zwischen Fassade und tatsächlicher Umsetzbarkeit und andererseits zur Abhängigkeit von externen Geldgebern.

Sponsoring ist ein trojanisches Pferd.

Unabhängigkeit des Öffentlichen Schulwesens!

Umfassende Bildung

Die Förderung sozialer Kompetenzen und Fähigkeiten zur Lebensbewältigung darf nicht zu kurz kommen.

Mündige Bürgerinnen und Bürger einer sich wandelnden Gesellschaft brauchen eine entsprechende Allgemeinbildung.

Diese kann für die Gesamtgesellschaft weder durch elitäre Institute noch durch verarmte Restschulen gewährleistet werden.

Das muss das öffentliche Bildungswesen leisten.

Kein Streichen von SchülerInnen-Stunden, sondern Vermehrung der Förderangebote!

Entlastung durch **mehr** Wahlmöglichkeiten und Freigegegenstände und Unverbindliche Übungen.

FÜR EINE GEHALTS- UND ARBEITSZEITREFORM

die leistungsgerecht, transparent und einfach zu administrieren ist.

Staffelwirksame Inflationsabgeltung! Endlich viel höhere Anfangsgehälter

LehrerInnenarbeit :

spätestens seit der Arbeitszeitstudie 2000 wissen wir, dass LehrerInnen mehr arbeiten als der ASVG-Schnitt

Wir fordern:

- **Einrechnung von Klassenvorstand, Kustos, Bildungsberatung, ... in die Lehrverpflichtung**

- **Werteinheiten-Pool für jede Schule für Schulentwicklung, Projektmanagement und andere Koordinationsarbeiten**

Abgeltung von über den Stundenplan hinausgehenden Tätigkeiten, z.B. für Schul-Veranstaltungen, Schulentwicklung, Qualitätssicherung (diese muss auch der Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen dienen!)

Idealismus und Abhängigkeit der LehrerInnen dürfen nicht ausgenützt werden.

Qualifizierte Fortbildung, Beratung, Supervision - kein Anpassungsdruck, keine krankmachende Konkurrenz! Schulprofile dürfen keine Argumentation zur Verhinderung einer Anstellung/Weiterbeschäftigung vollgeprüfter LehrerInnen sein. So wie es für die neuen EthiklehrerInnen Kurse neben der Lehrtätigkeit gibt, müsste es auch andere bezahlte Kurse zur Personalentwicklung geben!

Weitere arbeitsrechtliche Gleichstellung der LehrerInnen mit allen anderen ArbeitnehmerInnen! Dauervertrag nach 15 Monaten und nicht erst nach 5, 6, 7 Jahren

GEWÄHLTES SCHULEITUNGSTEAM AUF ZEIT

Die Leitung einer Schule umfasst zu viele verschiedenartige Aufgaben, als dass sie von einer Person professionell erfüllt werden können.

Derzeit müssen geeignete KollegInnen Expertenaufgaben übernehmen - ohne entsprechende Entscheidungskompetenz und Entlohnung.

Ein Leitungsteam auf Zeit zeichnet sich aus durch die Aufteilung von Verantwortung, durch Identifikation mit der Schule, durch Hierarchieabbau und mehr Arbeitszufriedenheit der LehrerInnen.

Die Schulleitung muss mit ausreichend Werteinheiten ausgestattet werden, die im Rahmen der Lehrfächerverteilung aufgeteilt werden.

Die Schulkonferenz muss die oberste Entscheidungsinstanz für strittige Fragen sein.

PERSONALVERTRETUNG UND GEWERKSCHAFT

- immer noch im ungünstigen Doppelpack!

Die entscheidenden gewerkschaftlichen Leitungsgremien (Bundesebene) werden nicht direkt gewählt, sondern ausgemuschelt!

Personalvertretungsfreistellungen werden auch für die Gewerkschaftsarbeit verwendet

Der Personalvertretung fehlen wichtige Gremien (ZA gegenüber d. BeamtenministerIn) und Kompetenzen (Verhandlungen über Gesetzesänderungen, Gehalt)

Gewerkschaften als Parteianhängsel

Die GÖD anerkennt immer noch nur schwarz (FCG) / rot (FSG) als Fraktionen! UG wird lediglich (nicht überall) geduldet!

Gewerkschaften als Abwiegler

GÖD schließt Partnerschaft mit Wirtschaftskammer, hat viel Verständnis für die Regierung, hat Spitzenvertreter im Parlament mit Klubzwang!

- statt radikal für Verbesserungen einzutreten!

Gewerkschaften als Karriere-Sprungbrett

GewerkschafterInnen müssten so intensiv verhandeln, dass sie sich dadurch eben nicht als DirektorInnen empfehlen!

Gewerkschaften als FCG-Eigentum

Durch die absoluten Mehrheiten der FCG in den PV-Gremien und das mit Zuckerln versüßte Stillhalten der FSG bleibt das Monopol ungebrochen!

In der direkt gewählten Bundespersonalvertretung (ZA-AHS und -BMHS) hat die FSG mit 3+2 weniger Mandate als die ÖLI-UG mit 3+3. In der gewerkschaftlichen Bundesleitung gesteht die „absolute“ FCG der ÖLI-UG nur 2 Mandate zu, der FSG hingegen 4 (Freundschaft!).

ÖLI-UG, die breite, unabhängige, österreichweite Initiative

steht für ein besseres LehrerInnen-Image

Ist der Ruf erst ruiniert, wird das Sparpaket geschnürt!

steht für Gewerkschafts-Demokratie

Roter ÖGB und schwarze GÖD verhandeln über unsere Interessen ohne direkte Wahl der Bundesgremien legitimiert zu sein. Das undemokratische, großkoalitionäre Macht-Kartell in der GÖD ist überholt und gehört abgelöst. Für viele bietet nur die PV-Wahl Gelegenheit, die Gewerkschaftsspitze für ihre "Scheinerfolge" zu bestätigen / einen Denkkzettel zu verpassen.

steht für leistungentsprechende Bezahlung

anstelle der Gegenverrechnung bzw. Verschlechterungen im Form von "All-inklusive" oder Topf A,B,C. Zusätzliche Aufgaben für Schule und LehrerInnen (z.B. im Rahmen von Schulautonomie, -entwicklung, QIBB, neue Lehrpläne, etc) sollen nur übernommen werden, wenn ihre Bezahlung sichergestellt ist. Wir sind für eine Einrechnung in die Lehrverpflichtung.

steht für Bildungsoffensive

Seit vielen Jahren sinkt der Anteil des Bildungsbudgets am österreichischen Gesamtbudget.

ÖLI-UG, die richtige Antwort auf § 61, § 4, LDG, Stundenkürzung....

Die SpitzenvertreterInnen der LehrerInnengewerkschaft sind mitverantwortlich für die bedenklichen Auswirkungen von § 61, § 4, LDG, Stundenkürzung.... an den Schulen: Demotivation, Verschlechterung des Schulklimas, "Tricksen" als allgemeines Prinzip, damit LehrerInnen zu ihrem Geld kommen, überbordende Bürokratie, usw., usw....

Österreich ist ein reiches Land. Daher meinen wir im Interesse der Jugend: **Bei der Bildung braucht und darf nicht gespart werden!**



Wien, im Juni 2008

EINLADUNG

zur Informationsveranstaltung für die Schüler-Reise "March of Remembrance and Hope"

Was ist „March of Remembrance and Hope“?

„March of Remembrance and Hope“ ist eine mehrtägige Geschichts- und Gedenkreise durch das (ehemals) jüdische Polen für Schüler und Schülerinnen. Höhepunkt der Reise ist die gleichnamige internationale Gedenkveranstaltung „March of Remembrance and Hope“ im ehemaligen KZ Auschwitz-Birkenau. Dort treffen sich tausende Jugendliche aus der ganzen Welt, um zusammen den Schweigemarsch von Auschwitz I nach Auschwitz II zu gehen.

Ziel der Reise ist es – vor allem mit unseren Zeitzeugen – einen Bezug zur Gegenwart herzustellen und die Jugendlichen zu sensibilisieren. Für ein „never again“ von Gewalt, Ausgrenzung, Intoleranz und Menschenverachtung. "March of Remembrance and Hope" gibt aber auch Hoffnung – Hoffnung für eine tolerante und gegenüber allen Menschen respektvoll gelebte Zukunft.

Die Reise „**March of Remembrance and Hope 2009**“ findet von **So, 19.4.2009 – Mi, 22.4.2009** statt.

Es gibt im Vorfeld eine **Informationsveranstaltung**, bei der wir von unseren Erfahrungen berichten, organisatorische Details bekannt geben und Frage und Antwort stehen.

Dazu sind Sie herzlich eingeladen:

Wann: **Dienstag, 23. 9. 2008**, um **18.00 Uhr**
Wo: **AHS Rahlgasse 4-6, 1060 Wien**

Anmeldungen für diesen unverbindlichen Informationsabend bitte an: office@morah.at (darin Namen der Vertreter Ihrer Schule, Telefonnummer und eMail-Adresse angeben).

Wir freuen uns, Sie kennen zu lernen!

Daphna Frucht,
für den Verein „March of Remembrance and Hope – Austria“

PS.: Detaillierte Informationen finden Sie auf unserer Homepage www.morah.at.
Wir stehen aber für weitere Fragen auch gerne persönlich zur Verfügung.

March of Remembrance and Hope - Austria
Seitenstettengasse 4
A-1010 Wien
ZVR: 449373970

Tel.: 0681 / 10 74 98 32
E-Mail: office@morah.at

www.morah.at

COACHING- Ein Weg zu mehr Klarheit im Beruf

Jahresgruppe für LehrerInnen 2008/09

An acht Abenden werden individuelle Fallgeschichten, welche die TeilnehmerInnen aus ihrem Schulalltag mitbringen, in der Gruppe ressourcen- und lösungsorientiert behandelt. Wertschätzende Kommunikation und Verschwiegenheit gegenüber Dritte sind dabei oberste Prinzipien!

Mögliche Themen können sein: Schwierige SchülerInnen, belastende Unterrichtssituationen, latente oder offene Konflikte im Lehrkörper, allgemeine Unzufriedenheit mit dem eigenen LehrerIn-dasein ...

Persönlicher Nutzen:

- ✓ **Klarheit** erhalten über die eigene Situation und das eigene Handeln sowie der systemischen und gesellschaftlichen Bedingungen von Lehren und Lernen
- ✓ **Persönliche Ziele** finden
- ✓ Den **eigenen Handlungsspielraum** erweitern
- ✓ **ENTLASTUNG** des Schulalltags!

Beginn: Mi, 1. 10. 2008,
18.00-21.00, PGA / Linz

Nähere Informationen über weitere Termine, Ort und Kosten der Jahresgruppe bei:

Mag. Ulrike Mitterlehner
0 688 / 86 82 096
uli.mitterlehner@utanet.at /
www.gamsjager.at

bezahlte Einschaltung

UG-Pressesaussendung v. 12.8.: mindestens 200€/Monat mehr für alle Gehalts-/Lohnrunde 2008 öffentlicher Dienst

Unabhängige GewerkschafterInnen in der GÖD fordern 7%, mindestens aber 200 Euro mehr pro Monat für jede/n Beamtin/Beamten, Vertragsbedienstete/n u. „Ausgegliederte/n“ - Laufzeit 1 Jahr

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen fordern einen solidarischen Gehalts- bzw. Lohnabschluss für alle von der GÖD zu vertretenden KollegInnen - BeamtInnen, Vertragsbedienstete und „ausgegliederte“ ArbeiterInnen und Angestellte.

Angesichts der Teuerung bei Nahrung (6,8 Prozent – Jahresvergleich Juni 2008), Wohnen (Heizöl 54% - Juni 2008), Verkehr (+7,3%, Treibstoffpreise +26% - April 08); die alle KollegInnen in gleicher Weise trifft, fordern die Unabhängigen GewerkschafterInnen in der GÖD:

- > **+7% Teuerungsabgeltung** (WIFO-Prognose 27.6.2008: +3,5%), **Anteil am Wirtschaftswachstum** (WIFO-Prognose 27.6.2008: +2,3%) und **Ausgleich für Reallohnverluste als Folge der letzten Gehaltsabschlüsse.**
- > **+200€ Mindestbetrag für alle**

Einmalzahlungen, die kein fixer Gehaltsbestandteil sind und den „ausgegliederten“ KollegInnen zum Teil vorenthalten werden, lehnen wir ab.

Die derzeitige und die neue Bundesregierung, Bundeskanzler und Finanzminister sollen als Dienstgebervertreter den über 350.000 öffentlich Bediensteten zeigen, dass die Teuerungsabgeltung in ihrem Verantwortungsbereich nicht Wahlkampfretorik bleibt.

Begründung:

Deutliche Einkommenszuwächse, insbesondere bei niedrigen und mittleren Einkommen, sind eine **soziale und eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit**: Angesichts des für 2009 erwarteten Konjunktur einbruchs (reales BIP lt. WIFO nur mehr +1,4%) ist die Stärkung der rückläufigen Inlandskaufkraft als Konjunkturstütze notwendig.

Der **Mindestbetrag 200€** für alle bringt für niedrige Gehaltsgruppen und AnfangsbezügerInnen spürbare Reallohnzuwächse, für Mindesteinkommen einen Schritt aus der Armutsfalle,

Die **Prozentforderung von 7%** bringt den besser verdienenden KollegInnen trotz hoher Abzüge netto das Halten der Realeinkommen und darüber hinaus einen leichten Zuwachs, was den Beitrag der öffentlichen Bediensteten zum Wirtschaftswachstum und auch zum erwirtschafteten gesellschaftlichen Reichtum und die in Österreich steigenden Gewinne zu berücksichtigen versucht.

Die UGöD erwartet vom Verhandlungsausschuss der GÖD als solidarische, offensive Interessensvertretung aller öffentlich Bediensteten die KollegInnen über die konkreten Forderungen und den Verlauf der Verhandlungen zu informieren und für einen erfolgreichen Gehalts- und Lohnabschluss zu mobilisieren – ab 1.1.2009 +7%, mindestens +200€!

Rückfragehinweis:

Reinhart Sellner, UGöD-Vorsitzender ([reinhart.sellner \(a\)blackbox.net](mailto:reinhart.sellner(a)blackbox.net)),
Ulrike Stein ([ulrike.stein \(a\)meduniwien.ac.at](mailto:ulrike.stein(a)meduniwien.ac.at)),
Josef Gary Fuchsbauer ([fuchsbauer \(a\)kreidekreis.net](mailto:fuchsbauer(a)kreidekreis.net)), 0680 2124358,
UGöD-Bundesleitungsmitglieder, www.ugod.at